



Evangelische Volkspartei · Parti Evangélique

Evangelische Volkspartei Kanton Bern (EVP)

Nägelligasse 9

Postfach 2319

3001 Bern

E-Mail: info@evp-be.ch

Büro des Grossen Rates, Ausschuss PrüfPar
Parlamentdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
3011 Bern

per E-Mail an:
gr-gc@be.ch

Bern, 15. September 2021

Grosser Rat: Abstimmen von extern und Zirkularverfahren (Teilrevision Grossratsgesetzgebung) – Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Martin

Die EVP dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die EVP steht hinter der Teilrevision der Grossratsgesetzgebung und erachtet es als sinnvoll, dass in Krisensituationen und unter Einhaltung restriktiver Vorgaben der Grosse Rat nötigenfalls Beschlüsse auch unter Mitwirkung von Ratsmitgliedern fassen kann, die von extern abstimmen. Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass das Kantonsparlament und seine Mitglieder auch in schwierigen Zeiten entscheidungs- und handlungsfähig bleiben. Die vorliegende Gesetzesrevision schafft die dazu erforderliche rechtliche Grundlage.

Die EVP unterstützt zudem die Regelungen, die festlegen, unter welchen Bedingungen für Ratsorgane ausserhalb der Sessionen virtuelle Sitzungen und Zirkularverfahren möglich sein sollen.

Eine möglichst breite Mitwirkung der gewählten Parlamentsmitglieder – ist in Krisensituationen wie auch in «normalen» Zeiten – wichtig. Für die EVP ist es deshalb nicht nachvollziehbar, dass junge berufstätige Mütter im Mutterschaftsurlaub ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung aus dem Haupterwerb (d.h. aus ihrer beruflichen Tätigkeit) zu verlieren drohen, wenn sie während ihres Mutterschaftsurlaubs an den Tätigkeiten des Parlaments (Rats- und Kommissionssitzungen) teilnehmen. Das ist stossend, weil es sich nicht um die Wiederaufnahme der eigentlichen Erwerbstätigkeit handelt. Nach Ansicht der EVP hat eine durch das Volk gewählte Parlamentarierin einen anderen Auftrag zu erfüllen als eine Person in einem Arbeitsverhältnis.

Berufstätige Mütter werden durch die aktuelle Gesetzgebung faktisch von der Wahrnehmung ihres Volksauftrages und ihrer Präsenz im Parlament abgehalten. Das ist mit der Idee unseres Milizsystems nicht vereinbar. Schliesslich gefährden die durch die parlamentarische Tätigkeit bedingten Absenzen weder den arbeitsrechtlichen Mutterschutz noch das Kindeswohl.

Die EVP fordert deshalb die Kantonsbehörden auf, sich beim Bund für eine Anpassung der gesetzlichen Bedingungen einzusetzen, die es Frauen inskünftig ermöglicht, ihre politischen Parlamentsmandate (auf allen drei staatspolitischen Ebenen) auch während des Mutterschaftsurlaubs wahrnehmen zu können, ohne die Mutterschaftsentschädigung und den Mutterschutz zu verlieren.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Mit freundlichen Grüssen
EVP Kanton Bern

A handwritten signature in black ink, reading "P. Messerli". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Philippe Messerli
Co-Geschäftsführer EVP BE, Grossrat